

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Noten der Alliierten.

Paris, 19. November. (Eca.) Ueber den Inhalt der beiden Entwürfe zu Noten an Deutschland, die der Völkervereinigung vorliegen, verläutet aus halbamtlicher Quelle: Die Note über den Kronprinzen verlangt weder die Auslieferung des Kronprinzen, noch seine Verbannung, aber sie macht den Reichskanzler Stresemann darauf aufmerksam, daß die Tatsache, daß er den Kronprinzen ermächtigt habe, nach Deutschland zurückzukehren in einem Augenblick, wo die nationale Erregung in Deutschland hohe Wogen schlage, ihm eine Verantwortung auflade, die, falls ein Attentat gegen den Friedensvertrag hieraus entstehen würde, die Alliierten in Betracht ziehen würden. Hinsichtlich der interalliierten Militärkontrolle würden die Alliierten in einer energischen Note Deutschland darauf aufmerksam machen, daß sie nicht geneigt seien, die Militärkontrolle, die ihnen nach dem Friedensvertrage zustehe, aufzugeben. Die Note würde dann Deutschland davon Mitteilung machen, daß die Militärkontrolle sofort, aber gradweise, wieder aufgenommen würde. General Koller würde darüber entscheiden, wohin er zunächst seine Kontrollposten ohne Gefahr schicken könne. Sollten jedoch durch ungenügende Vorkehrungsmaßnahmen durch das Reich Zwischenfälle entstehen, so würden sich die Alliierten vorbehalten, weitere Maßnahmen zu treffen.

Genugtuung in London.

London, 20. November. (Eca.) Das Reutersbureau veröffentlicht über die Lage in der Völkervereinigung folgendes Kommuniqué: „Das Reutersbureau glaubt zu wissen, daß die Nachricht über die Einigung, die zwischen den Alliierten über die Wieder-

aufnahme der interalliierten Militärkontrolle in Deutschland zustande gekommen ist, in London eine um so größere Genugtuung hervorgerufen hat, als man kaum auf eine Einigung hoffte. Das allgemeine Gefühl war, daß die Meinungsverschiedenheiten zu groß wären, um noch ausgeglichen werden zu können, und die Vertagung der Konferenz betrachtete man daher als wahrscheinlich. Die Einzelheiten über die gestrige Sitzung der Konferenz stehen noch aus, aber man glaubt, daß die Alliierten eine gemeinsame Note an die deutsche Regierung über die Wiederaufnahme der Militärkontrolle richten werden, und daß sie nichts tun werden, bevor sie die Antwort Deutschlands erhalten haben. Falls die deutsche Note nicht befriedigend ausfällt, werden die Alliierten nochmals die Frage der Maßnahmen prüfen, die notwendig sind, um der Situation entgegenzutreten. Es scheint, daß die Krise nur aufgeschoben worden ist. Man meint jedoch, daß in der Zwischenzeit die Spannung der Gemüter noch nachlassen wird und daß alsdann der augenblicklichen Einigung eine endgültige Einigung folgen wird.“

Paris, 20. November. (Eca.) Die Völkervereinigung wird heute nachmittags um 5 Uhr stattfinden.

Zustimmung Belgiens.

Paris, 20. November. (W.T.B.) Nach einer Meldung aus Brüssel hat Ministerpräsident Theunis nach dem gestrigen Ministerrat den Zeitungsberichterstellern erklärt, die belgische Regierung stimme dem Kompromißvorschlag der Völkervereinigung in der Angelegenheit der Militärkontrolle und der Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland zu.

Havenstein gestorben.

Wie die Reichsbank mitteilt, ist heute morgen Reichsbankpräsident Havenstein gestorben.

Der Präsident der Reichsbank, Rudolf Havenstein, ist heute nacht gestorben. Wenn, wie man sagt, daß Havenstein ein Beamter alten Stils gewesen, konterwärtig gerichtet, persönlich ehrenhaft und materiellen Einflüssen unzugänglich, so ist alles, was man zu seinem Lobe etwa sagen könnte, erschöpft. Dem Amt, das er versah, war er in keiner Weise gewachsen.

Im Frieden ist die Leitung einer Zentralnotenbank eine verhältnismäßig nicht zu schwierige Sache, weil sich dafür durch Tradition und Erfahrung bestimmte Grundsätze herausgebildet haben, deren Befolgung schwerwiegende Fehler verhindert. Herr Havenstein, ein tüchtiger Verwaltungsbeamter, hielt im großen und ganzen an diese Grundsätze. Als aber Krieg und Revolution vollständig neue Verhältnisse schufen, zu deren Erkenntnis ökonomische Einsicht, wirkliche Befähigung der Währungstheorie und Originalität des Denkens erforderlich gewesen wären, verlagte der brave Beamte vollständig.

Im Kriege wagte er gegen die verderbliche Finanzpolitik Helfers Helfers keinen Einspruch, obwohl es seines Amtes gewesen wäre. Im unbegreiflichen Optimismus über den Kriegsausgang und seine finanziellen Folgen verhinderte er die rechtzeitige Abtragung der Salutaschulden ans Ausland und schädigte damit ganz außerordentlich das deutsche Volkvermögen. Katastrophal wurde sein Vergehen vollends in der Nachkriegszeit. In der Zeit, in der eine energische Finanzpolitik und Währungspolitik noch sehr viel hätte verhindern können, setzte er namentlich den Plänen Erzbergers eine eigenartige und fanatische Opposition entgegen. Der einzige Gedanke, den er in der Finanzpolitik produzierte, war die Zwangsanleihe, während er jeder eingreifenden Besteuerung ablehnend gegenüberstand. Den eigentlichen Währungsproblemen gegenüber war er völlig hilflos und Ideenlos. Mit verständnisloser Hartnäckigkeit hielt er an Gewährung von Papiermarktkrediten fest, leistete er jedem Versuche, rechtzeitig dem Währungsverfall Einhalt zu tun, Widerstand. Als er schließlich viel zu spät sich dazu entschloß, den damals noch großen Goldschatz der Reichsbank, den er bis dahin als toten Schatz gehütet hatte, für Intervention zu verwenden, zeigte es sich, daß die Reichsbank von der Technik der Intervention und von der notwendigen Finanzpolitischen Unterstützung keine Ahnung hatte. Mangel an Vorauskenntnis kennzeichnete seine ganze Politik bis auf die Verschleierung der Goldanleihe, womit diese Taktik abhieß.

Der Tod beendet auch den ständigen Konflikt, in dem dieser unmögliche, den Anforderungen der Zeit so gar nicht gewachsene Mann noch mit jeder Regierung geratete war. Denn jeder Regierung hat er die schwersten Hindernisse bereitet, und es ließe sich nachweisen, daß an dem Versagen der Finanzpolitik diesen Mann viel größere Schuld trifft, als irgend jemand anderen. Jetzt endlich war das Maß überlaufen. Die Sozialdemokratie hatte schon seit langem seine Entfernung verlangt und bei der Bildung der großen Koalition stimmten diesem Verlangen auch alle Parteien des Reichstages zu. Herr Havenstein hatte sich allerdings eine starke Stellung geschaffen. Er benutzte das Verlangen der Entente, die Reichsbank unmittelbar vom Einfluß der Regierung loszulösen, dazu, um im Reichstag in größter Eile ein Gesetz durchzusetzen, das das Reichsbankdirektorium zu einem unabhängigen Staat im Staate machte, die Reichsbank gleichsam unter den Schutz der Entente stellte. Bodend auf diese Stellung, die in der Gesetzgebung keines

anderen Landes seine Parallele findet, bereitete er jeder Regierung fast unüberwindliche Schwierigkeiten.

Unter dem Druck der ersten Regierung Stresemann ließ er sich endlich das Versprechen abringen, Ende des Jahres zugleich mit dem noch unmöglicheren Vizepräsidenten Blasenapp sein Amt niederzulegen. Nach dem Ausritt des sozialdemokratischen Finanzministers glaubte Havenstein wohl seines Versprechens entbunden zu sein. Aber in letzter Zeit entstand ein neuer heftiger Konflikt, da Havenstein der Regierung Kredit für die Ruhrunterstützung verweigerte. Die Regierung erinnerte Havenstein an sein Versprechen, und da er keine Lust zeigte, es zu erfüllen, drohte sie den Ueberalterungsparagrafen auf das Reichsbankdirektorium mittels des § 48 auszudehnen. Der Tod hat jetzt Herrn Havenstein auf andere Weise bezwungen.

So endet eine Laufbahn, die reich an Ehren und Auszeichnungen gewesen ist. Namentlich während des Krieges hat Wilhelm II. Herrn Havenstein gepriesen, ihn den „Generalstabsoberbefehlshaber“ des Krieges genannt. Die Regierungen der späteren Zeit haben es auch in diesem Punkte an Energie fehlen lassen. Das hat sich bitter gerächt. Es genügt eben nicht, bürokratische Routine zu haben, um den Problemen einer so schweren Zeit gewachsen zu sein.

Deutschösterreichs Hilfe.

Antrag der Sozialdemokraten.

Wien, 20. November. (W.T.B.) Der sozialdemokratische Verband hat beschloffen, in der ersten Sitzung des Nationalrats den Antrag einzubringen, aus Bundesmitteln für die Notleidenden in Deutschland zehn Milliarden Kronen zu stiften. Im Hinblick auf die gesamte Haltung der Regierung und namentlich infolge der wegen ihrer Parteizugehörigkeit erfolgten Abregung einer Reihe sozialdemokratischer Bundesangestellter wurde beschloffen, die Opposition in verschärfter Form durchzuführen.

Steigende Kurse.

Dollar 4,2 Billionen. — Goldmark 1 Billion.

Die Schlag auf Schlag folgenden Ereignisse machen es zurzeit der Börse nicht leicht, sich zurechtzufinden und die Situation zu beurteilen. Man nennt als Nachfolger Havensteins allgemein den Reichswährungskommissar Dr. Schacht. Der heutigen Reichstags-Sitzung sieht man in Finanzkreisen mit großer Sorge entgegen, man fürchtet, daß noch in letzter Stunde eine für das Kabinett Stresemann ungünstige Wendung eintreten könne. Offenbar betrachtet man auch im Zustande die innerpolitische Lage Deutschlands recht unsicher. Die Mark lag gestern und heute an den ausländischen Börsen ziemlich schwach.

Die Notierungen entsprechen einer Parität für das englische Pfund von 20-25 Billionen und für den Dollar von 5-7 Billionen. Infolgedessen erwartet man heute mit ziemlicher Bestimmtheit eine Heraushebung der amtlichen Devisenkurse. Diese würde dann auch durch die Reichsbank vorgenommen. Umlich notierten Auszahlung London 18 Billionen, bei einer Zuteilung von 1 Prozent. Die großen Ordres über 50 000 Pfund fielen ganz aus. Dementsprechend stellte sich der Kurs für den Dollar auf 4,2 Billionen, so daß sich für Gold- und Rentenmark ein Kurs von einer Billion ergibt. Die Geldmarktlage bleibt flüssig. Tägliches Geld war zu 4-5 Prozent zu haben. Außerordentlich stark war die Nachfrage nach Goldanleihe und Dollarschahenweisung. Allerdings stellten die Makler bereits um 41 Uhr ohne vorherige Ankündigung die Annahme von Ordres für diese beiden Papiere ein. Goldanleihe gestrichen, Dollarschahenweisungen gestrichen.

Stresemann vor dem Sturz.

Das Schicksal des dritten Kabinetts Stresemann steht in der heutigen Morgenpresse im Mittelpunkt der Erörterung. So gut wie allgemein wird die Meinung vertreten, daß die Lage des Kabinetts gezählt seien.

Sehr lebhaft unterhält man sich über die Frage, ob die sozialdemokratische Fraktion ihren Mißtrauensantrag begründen wird oder nicht. Beschränkt sich der sozialdemokratische Antrag darauf, die Erklärung der Regierung nicht zu billigen, so wird er mit den Stimmen der Antragsteller, der Kommunisten und der Deutschnationalen angenommen werden. Würde der sozialdemokratische Antrag begründet, so bestünde die Möglichkeit, daß der Antrag wegen seiner Begründung von den Deutschnationalen abgelehnt würde, so daß schließlich kein Mißbilligungsantrag die Mehrheit auf sich vereinigte.

Durch diese Rechnung, die von manchen Kanzlerfreunden aufgestellt wird, macht aber die „Kreuzzeitung“ einen dicken Strich, indem sie erklärt, Deutschnationalen, Bölsche und Bayerische Volkspartei würden sich in diesem Fall der Stimme enthalten. Dann würde der sozialdemokratische Mißtrauensantrag mit 190 sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen gegen die 152 Stimmen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten angenommen werden.

Die Deutschnationalen haben noch keine endgültige Beschlüsse gefaßt, es heißt aber, daß sie ihr taktisches Verhalten darauf richten werden, unter allen Umständen den Sturz der Regierung herbeizuführen.

Man rechnet damit, daß der Reichskanzler heute nach dem Genossen Weis und dem Deutschnationalen Hergt das Wort ergreifen und daß dann die Debatte auf Donnerstag vertagt werden wird.

Stresemanns Gegner.

Die „Deutsche Tageszeitung“ nannte gestern Stresemanns Sieg einen Pyrrhusieg. Die am Sonntag unterlegenen sind heute schon wieder sehr lebendig. Der „Völk-Anzeiger“, das offizielle Publikationsorgan des Stinnes-Flügels der Volkspartei, veröffentlicht ein eingehendes „Kommuniqué“ der Fraktion Stinnes-Marecki. Der Bericht ist so interessant, daß wir ihn wörtlich zum Abdruck bringen:

„Der parteiamtliche Bericht, der über die Sonntags-Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei ausgegeben worden ist, enthält manches nicht, was für die Bewertung der Vertrauensentscheidung des Zentralvorstandes unbedingt wesentlich ist. Unter den 11 Mitgliedern des Zentralvorstandes, die gegen die Entschloßung gestimmt haben, waren nicht weniger als acht Mitglieder der Reichstagsfraktion: die Herren Becker-Hessen, Heine, Marecki, Quack, Dauch, Pieper, Zapf (der zweite Vorsitzende der Fraktion) und Hepp. Die Reichstagsfraktion war keineswegs vollständig vertreten; es fehlte u. a. der Abgeordnete Stinnes. Und von den Abgeordneten, die man im allgemeinen den Freunden des Parteiführers beizuzählen pflegt, und die diesmal sehr scharfe Kritik an dessen Politik als Reichskanzler geübt haben, wie die Herren Dr. Hugo, v. Kaumer und v. Kardorff, waren gleichfalls mehrere bei der Abstimmung nicht mehr anwesend. Und schließlich hat auch namens der Fraktion deren Vorsitzender Dr. Scholz mit scharfer Pointierung betont, die Stellungnahme des Zentralvorstandes wäre für die Reichstagsfraktion außerordentlich interessant. Es könne aber gar keine Rede davon sein, daß die Abgeordneten ihre auf wohlwollenden Gründen beruhenden Ueberzeugungen einer solchen Entschloßung zum Opfer brächten. Sollte in der heutigen Reichstags-Sitzung keine Vertrauensentscheidung für das amtierende Kabinett eingebracht werden, sondern nur Mißtrauensanträge, so dürften die Fraktion der Deutschen Volkspartei ziemlich geschlossen gegen diese stimmen. Freilich wird man damit zu rechnen haben, daß in diesem Fall einzelne Abgeordnete an der Abstimmung nicht teilnehmen werden. Vielfach wird allerdings der Ansicht Ausdruck gegeben, daß das Reichskabinett, um mit der nötigen Autorität bei der letzten überaus gespannten Gesamtlage zu regieren, unbedingt ein Vertrauensvotum des Reichstages anrufen müsse. Sollte es sich trotzdem mit einer Ablehnung von Mißtrauensvoten begnügen, dann würde das der Staatsautorität unzweifelhaft nicht förderlich sein.“

Herr Stinnes war also in der fraglichen Sitzung nicht anwesend. Das entspricht durchaus seiner Taktik, andere für sich operieren zu lassen und niemals selbst hervorzutreten. Nicht minder interessant ist die Tatsache, daß eine Reihe volksparteilicher Abgeordneter zwei Tage nach dem Vertrauensvotum des Zentralvorstandes für Stresemann demonstrativ mitteilen lassen, daß sie nicht einmal gegen die Mißtrauensanträge anderer Parteien zu stimmen bereit sind. Umgekehrt — der rechte Flügel stützt bei der augenblicklichen parlamentarischen Lage durch das ausdrückliche Verlangen eines Vertrauensvotums, für das er selbst nicht stimmen will, mit vollem Bewußtsein die Position der Deutschnationalen. Das alles geht unter der Firma „Stärkung der Staatsautorität“!

Sie leben noch!

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die bisher über die Tagung des volksparteilichen Zentralvorstandes sich ausgeschwiegen hat, meldet sich heute wieder zum Wort. Ihre erste Leistung ist eine

Mitteilung über die Tätigkeit der deutschnationalen „Zeile“ in der Volkspartei...

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei, die gestern Abend 7 Uhr zu einer längeren Sitzung zusammentrat...

Die Maulwürfe sind also noch sehr munter und tätig. Sie befolgen das seit dem November 1918 so sehr bewährte Rezept...

Reichsgericht oder Volksgericht?

Strefemann hat am Sonntag versichert, daß die Novemberhelden des Münchener Bürgerbräuereis vor das Reichsgericht gehören...

Es besteht keine Reizung, die Hiltzerache dem Staatsgerichtshof nach Leipzig abzugeben...

Damit ja keine Zweifel an den bayerischen Sympathien des Stinnesblattes aufkommen können...

Es scheint uns richtig, aus politischen Gründen dem Münchener Volksgericht die Aburteilung des Hiltzerpulsches zu lassen...

So wünscht es Stinnes mit seinen „starken Bataillonen“. Wir zweifeln nicht, daß trotz des „jubelnden Beifalls“...

Was Strefemann nicht weiß!

Nationalsozialistische Kriminalstatistik aus Bayern.

Im Zentralausschuß der Deutschen Volkspartei am 18. November sprach Herr Dr. Strefemann diesen Satz...

Am 20. September 1920 wird Dr. Magnus Hirschfeld schwer mißhandelt, am 21. Juni 1921 erfolgt ein Straßenüberfall auf den Abg. Alwin Sängler...

Zeitbilder.

Von Hans Gathmann.

Der gefesselte Dichter.

Mit Gedichten kann man keinen Handel treiben. Geistige Werte stehen so niedrig im Kurs...

Aus diesen Ermüdungen heraus hatte sich der Dichter entschlossen, in einem zügigen Hausfuß der Großstadtstraße mit Zigarettenhandel zu handeln...

Jetzt steht er immer ganz in sich zusammengesunken. Kürzlich habe ich ihm fast wider Willen ins Antlitz gesehen...

Da sah ich ein großes, tragisches Schicksal unserer Zeit: den gefesselten Dichter. Einer fristet sein körperliches Dasein mit Zigarettenhandel und träumt Gedichte in die vorübergehende Menschenherde...

Abfall.

In einem regenfeuchten Novembermorgen standen an die hundert arme Frauen, polizeilich behütet, vor einer Mißhandlung.

Es war bekannt geworden, daß in diesem Geschäft achtzig „Schwarzhasen“ verpackt würden. Der Abfall, den die glücklichen Käufer der Hasen nicht essen wollen...

Am 23. März 1923 fallen nationalsozialistische Sturmtruppen über die sozialdemokratische Arbeiterjugend her...

Gegen die sozialdemokratische „Münchener Post“ sind allein vier Anschläge ausgeführt worden. In der Nacht zum 9. November 1923 hausten Nationalsozialisten in der Drucker- und Redaktion der „Münchener Post“ direkt vandalisch...

So sah und sieht es in der Ordnungszelle Bayern aus, wo nach Strefemann „Leben und Eigentum nicht bedroht“ war.

Die Länderregierungen.

Deutschnationaler Ansturm in Württemberg.

Verfolgt man die deutschnationale Presse, dann haben die Erbfeinde Deutschlands, die „Mazgisten“, ihre festeste Position in den einzelnen Länderregierungen...

wollen ihre eigene uneingeschränkte Herrschaft resillos durchsetzen. Sie betont:

„Für parteipolitische Experimente, wie sie die Bürgerpartei nach dem Vorbild in Bayern vorführen möchte, ist das in der Demokratie erklarte und gesetzte Schwabensland nicht zu haben.“

Ob freilich das Zentrum in der letzten Zeit nicht doch den Deutschnationalen Hoffnungen auf Eroberung der Festung Berlin gemacht, ist eine andere Frage.

Vereitelte Sparmaßnahmen.

Im Vorjahre hatte die Regierung Birtz dem Reicholage ein Pensionskürzungsgezet zur Annahme vorgelegt.

Die inzwischen aufs Unerträglichste gestiegene wirtschaftliche Not zwingt die jetzige Reichsregierung, ihre Absichten aus dem Vorjahre nunmehr durchzuführen.

Immerhin ist es interessant und verdient die Aufmerksamkeit des werktätigen Volkes, zu sehen, in welcher eigenartiger Form die Interessensvertretungen der pensionierten Offiziere auf neue Sturm laufen.

Wir fordern die Reichsregierung auf, sich durch solche Machenschaften reaktionärer Kreise nicht beirren zu lassen und zugleich und endlich mit ebernem Besein die Augiasställe im Versorgungswesen zu säubern.

Nicht im Kaufmann, sondern im Prager politischen Mordprozess ist der freigelegene Mörder Ritalow infolge der Revision des Staatsanwalts wieder verhaftet worden.

der Franzosen nur einseitig kennen lernen, vorwiegend nur das monarchistische, nationalistische, imperialistische England, das sich unter häufiger Verletzung des Völkerechts ohne alle moralischen Rücksichten zu einer Weltmacht entwickelt hat...

Herr Boelch hat den Artikel Hartmanns in dem nichtamtlichen Teile des Zentralblatts veröffentlicht. Wann werden Sie, Herr Minister, sich amtlich dafür interessieren, den Unterricht nach Artikel 148 der Reichsverfassung in den Dienst der Völkerverständigung zu stellen?

Internationaler Briefwechsel.

Eine nichtamtliche Anregung des preussischen Kultusministers.

Der Kultusminister Dr. Boelch veröffentlicht in dem Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen (1923, Nr. 20) einen Artikel des Leipziger Oberstudienrats Dr. Hartmann, des Leiters der Zentralstelle für amerikanisch-deutschen Briefwechsel.

Dieses Mittel zur Befestigung des friedlichen Verkehrs zwischen Nordamerika und Deutschland ist zu begrüßen. Aber es ist nicht einzusehen, warum es auf die beiden Völker beschränkt bleiben soll.

Wilhelm und das Orakel. Als im Juli 1914 Wilhelm II. noch unsicher war, ob er eine Politik für oder gegen den Krieg machen solle, beschloß er, wie schon im Altertum große Staatsmänner es getan hatten, das delphische Orakel zu befragen.

Räpfelein und Prägelstein nationalisistischer Studenten. Aus Wien wird unterm 19. gemeldet: Heute vormittag versuchten nationalsozialistische Studenten die Vorlesungen einjager ihnen mißliebiger Professoren durch Barm zu stören.

Uranus. Am 26. Abend 6 Uhr, hält Hvg. Spiegelberg-Gymnast einen Lichtbildvortrag über: „Das Badenewesen des Bergamantjeit und Gegenwart“.

Rückkehr zum Rechtsstaat.

Den republikanischen Parteien des Reichstags hat der Republikanische Richterbund folgende Entschlüsse übermittelt: Die Unternehmungen zum gewaltsamen Umsturz der republikanischen Verfassung haben Formen angenommen, die eines großen Volkes unwürdig sind. In Bayern ist der Rechtsstaat aufgehoben. Nach vor dem offenen Aufruhr von München hatte die Reichsgewalt den Schutz der Reichsverfassung gegen Hochverrat öffentlich versprochen. Unser Vertrauen auf Einlösung dieses Wortes wurde durch das tief bekauerliche Schwanken der gegenwärtigen Reichsregierung bitter getrübt.

Am 12. November ist nun endlich (wenn die Meldung der „Münchener Abendzeitung“ zutrifft) vom Reichskabinett der Antrag an den Oberreichsanwalt auf Eröffnung des Hochverratsverfahrens vor dem Reichsgericht ergangen, und zwar gegründet auf die Erklärung der Hitler-Deute von der Absetzung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

Wir erinnern daran, daß der Oberreichsanwalt auch ohne besondere Anweisung die gesetzliche Amtspflicht hatte, unverzüglich wegen des offenbaren Hochverrats in seinem ganzen Umfang und Zusammenhang sowie gegen alle Beteiligten einzuschreiten.

Das Gewissen der verfassungstreuen Richter empört sich gegen die Rechtsverwilderung, die nur durch die Untätigkeit der Reichsgewalt in diesem Ausmaß aufzuweichen konnte. Wir fordern, daß nunmehr keine mißverständliche staatsmännische Rücksicht dem zuständigen Strafgericht der Republik in den Arm fällt.

Das bayerische Volk, befreit von Irreführern, würde die Wiederaufrichtung des Rechtsstaats begrüßen. Dem deutschen Volke aber kommt kein Gesundungsmittel von völkischer oder faschistischer Art aus der Hand der bayerischen Verschwörer. Was ihm als erste Grundbedingung zum staatlichen und wirtschaftlichen Leben fehlt und was wir schärfstens fordern, ist die Rückkehr zum Rechtsstaat.

Der englische Wahlkampf.

Das Wahlprogramm der Liberalen.

London, 20. November. (E.L.) Das Wahlprogramm der vereinigten Liberalen (Asquith- und Lloyd-George-Partei) sagt im wesentlichen: 1. Die liberale Politik wünscht eine baldige Regelung der Reparationen unter entsprechender Berücksichtigung der internationalen Schuldfrage. Außerdem zielt sie auf eine Mitarbeit der großen amerikanischen Republik ab, um der Welt den Frieden zu bringen. 2. Die Liberalen sind der Ansicht, daß die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas eine notwendige Voraussetzung für die Wiederbelebung der Industrie und die Begründung des Friedens ist. Sie würden daher die Wiederanknüpfung formaler Beziehungen zu Rußland mit Freuden begrüßen. 3. In Hand statistischer Angaben ist ersichtlich, daß die geplanten Schutzsätze keineswegs dort nützen können, wo die Arbeitslosigkeit am stärksten vorherrscht. Das Beste, was eine Besteuerung der Einfuhr zuwege bringen könnte, ist, den Arbeitern im Ausfuhrhandel größere Verdienstmöglichkeit zu geben. 4. Die liberale Partei schlägt vor, gründlich das Versicherungswesen umzugestalten, in der Absicht, einem Manne und seiner Familie, ohne daß er die Armenhilfe in Anspruch zu nehmen brauche, ausreichende Zuschüsse zur Führung ihrer Existenz zu gewähren. 5. Die liberale Partei wird nichts unversucht lassen, die Zusammenarbeit zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern zu fördern. Den Arbeitern soll ein angemessener Lohn sowie eine Gewinnbeteiligung an dem Unternehmen, in dem sie tätig sind, zugesichert werden. Das Pacht- und Grundstückwesen soll verbessert werden.

Der liberale Wahlauftrag wendet sich gegen die von der Arbeiterpartei geforderte Vermögensabgabe.

Baldwin im Wahlkampf.

London, 20. November. (E.L.) In einer Wahrede führte Ministerpräsident Baldwin aus, welches die Aussichten auf die Wiederkehr normaler Verhältnisse in Europa auch immer vor einem Jahre gewesen seien, so bestehe keine Hoffnung, sie unmittelbar oder selbst in naher Zukunft zu erleben. Großbritannien leide in bezug auf seinen Handel mehr als irgendein anderes Land. Frankreich und Belgien seien in der Lage, England gegenüber Konkurrenz von tödlicher Schärfe zu üben. Baldwin sagte: Wir können nicht auf die Neuregelung in Europa warten.

Wir müssen für uns selbst sorgen. Die Zeit ist gekommen, da wir nicht länger fortfahren können, (wirtschaftlich) unbewaffnet zu kämpfen. So wichtig der Außenhandel auch ist, wir müssen uns um den Binnenhandel kümmern, den wir so lange vernachlässigt haben.

Weiter sagte Baldwin, die fürchterliche schwere Wirtschaftskrise infolge des Weltkriegs und besonders der Ereignisse des letzten Jahres (Aukrobelung! Red.) hätten Frankreich, Deutschland, Italien und Belgien nicht so geführt wie England, weil sie in einer besseren Lage, insbesondere bezüglich der Landwirtschaft seien. Frankreich habe seine zerstörten Gebiete in großem Umfang wieder aufgebaut, seine beschädigten Kohlenbergwerke wiederherstellen und seine Fabriken mit modernen Maschinen ausrüsten können. Lloyd George habe gesagt, es sei Schutz gegen den französischen Militarismus notwendig. Er (Baldwin) sei gegen jeden Militarismus.

Dies sei jedoch kein Grund, weswegen der Schaden unberücksichtigt gelassen werden solle, der England durch französische, deutsche und andere Faktoren zugefügt werden könnte. Zum Schluß begründete Baldwin sein Schutzprogramm und sagte: Ich fürchte mich nicht vor hohen Börsen, die eine Folge von Leistungslosigkeit und Massenproduktion für das Land sind. Die konservative Partei ist geneigt wie keine Partei der Welt. Sie hat vorzügliche Kandidaten und die beste Jungmannschaft. Sie kämpft, um zu gewinnen und um eine große Mehrheit, die jede Koalition unmöglich macht. Eine Koalition würde nur zu einem Verschandern von Grundfragen und zu einem Kampf um Wemter führen.

Terror gegen Sozialisten.

Die Auslandsvertretung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Rußland hat soeben die erschütternde Nachricht erhalten, daß in dem am Weißen Meer der dorthin verbannte jugendliche Genosse Kravonitsch sich erhängt hat. Der freiwillig aus dem Leben geschiedene war erst 19 Jahre alt, befand sich aber schon seit fast zwei Jahren im Gefängnis und in der Verbannung. Sein „Verbrechen“ bestand darin, daß er sich an sozialdemokratischen Bildungsbestrebungen beteiligte. Die lange Zeit und die Verbannung in die Eiswüste, Hunderte Kilometer weit von der nächsten Siedlung entfernt, hat seine Widerstandskraft gebrochen. Nach einer langen Krankheit und vergeblichen Bemühungen, fortzukommen, ist der außerordentlich begabte junge Genosse in den Tod gegangen. Sein Blut fließt an den Händen der bolschewistischen Diktatur, die für Europa heutzutage die „proletarische Einheitsfront“ predigen, während sie in Rußland den Terror gegen Sozialisten mit zynischer Grausamkeit fortsetzen.

Erregung über den Lausanner Festschuss. Die Moskauer Presse kritisiert in sehr erregter Form die Freisprechung Kovalev, des Mörders Berensons und seines Helfers Krasovskis. Das Urteil wird als ein Schlag gegen jedes Rechtsempfinden und als eine Herabwürdigung Sowjetrußlands bezeichnet.

Warum das Brot so schlecht ist.

Wegen der vielfachen Klagen über die schlechte Beschaffenheit des eingeführten Getreides und die unschöne Lagerung des inländischen ist dem Minister für Landwirtschaft eine kleine Anfrage zugegangen, auf die der Minister jetzt eine Antwort erteilt hat, die allgemeines Interesse erregen dürfte:

„Nach Mitteilung der Reichsgetreidestelle trifft es nicht zu, daß vielfach Klagen über die mangelhafte Beschaffenheit des eingeführten und unschöne Lagerung des einheimischen Getreides geführt worden ist. Zugrunde liegt allerdings, daß vereinzelte Partien von geringerer Beschaffenheit waren. Dabei handelte es sich ausschließlich um Ware holländischer oder russischer Herkunft. Amerikanisches Getreide ist mit ganz verschwindenden Ausnahmen als einwandfrei zu bezeichnen gewesen. Die Mängel der holländischen und russischen Ware sind anscheinend durch die ungünstigen klimatischen Verhältnisse des Vorjahres hervorgerufen, die sich auch bei der vorjährigen deutschen Ernte bemerkbar gemacht haben. Die hohe Feuchtigkeit des Getreides vorjähriger Ernte erforderte eine besonders ausgeübte stache Lagerung und häufige Bearbeitung. Die Mähten und Lagerhalter der Reichsgetreidestelle sind den ihnen in dieser Beziehung obliegenden Aufgaben durchwegs mit wenigen Ausnahmen nachgekommen. Soweit sich Mängel herausgestellt haben, ist die Reichsgetreidestelle bemüht gewesen, diese auf dem schnellsten Wege und unter Aufwendung möglichst geringer Kosten abzuwehren.“

Aus der Antwort geht also hervor, daß nicht nur ausländisches, sondern auch deutsches Getreide durch die große Feuchtigkeit des vorigen Jahres gelitten hatte und daß es besonderer Anstrengungen bedurfte, um die Vorräte vor dem Verderben zu schützen. Die Klagen über das schlechte Brot waren allgemein und es ist erstaunlich, daß die Reichsgetreidestelle erklärt, daß „vielfache“ Klagen nicht geführt worden seien. Die Antwort des Ministers oder richtiger der Reichsgetreidestelle ist im übrigen so diplomatisch, daß die Einbringer der kleinen Anfrage ihre helle Freude daran haben werden.

Die Sechzehnjährige und ihr Liebhaber.

Ein vereiteter Raubüberfall.

Ein schwerer Raubüberfall in der Liebenburger Str. 22 ist jetzt aufgeklärt worden. Die Frau des Kaufmanns Beda mußte in der Nacht aufstehen, um einem erkrankten Kinde Umschlage zu machen. Auf dem Wege nach der Küche begegnete ihr der 22 Jahre alte Diener Ernst Kastner, der soeben heimgekehrt war. Als sie ohnungslos weiterging, wurde sie auf dem dunklen Flur von zwei Personen überfallen. Diese schlugen sie mit einer Eisenstange zu Boden, würgten sie und versuchten, ihr einen Knebel in den Mund zu stecken. Als auf ihr Geschrei ihr Mann herbeieilte, ergriffen die Übeltäter die Flucht und entkamen. Frau Beda erlitt schwere Kopfverletzungen. Der Diener Kastner wurde unter dem Verdacht, die Räuber eingelassen zu haben, verhaftet, behauptete aber, selbst mit überfallen zu sein. Die Ermittlungen des Raubbezugs sind jedoch, dem er vorgeführt wurde, bestätigten den Verdacht. Es zeigte sich, daß die Frau überfallen hatten, seine Schwester Frieda, ein Mädchen von 16 Jahren, und deren Liebhaber, ein gewisser Haprecht, waren. Das Mädchen, das erst kürzlich nach Berlin kam, sich hier herumtrieb und einen lockeren Lebenswandel führte, hatte den Liebhaber zu dem Überfall angeheftet und der Bruder hatte ebenfalls seine Hand dazu gegeben, um, wie er sagt, seiner Schwester aufzuhelfen. Nach dem gemeinsamen Besuch in mehreren Lokalen hatte er gegen Witternacht die beiden eingelassen, die Fernsprechtastatur durchgeschnitten und auch die Bicherleitung unbrauchbar gemacht. Alle drei sind jetzt gefänglich und wurden nach Moabit gebracht.

Der Tod der Paletodiebe.

Von der Betriebsleitung des Café „Waterland“ am Potsdamer Platz wird uns geschrieben: „Bezugnehmend auf Ihren Artikel „Der Tod der Paletodiebe“ in Nr. 533 Ihres geschätzten Blattes ist es kaum glaublich, daß ein Staatsanwalt einen beschuldigten Paletodieb gegen eine Bürgschaft von drei Dollar aus der Untersuchungshaft entläßt. Wir hatten in letzter Zeit das Glück, fünf Paletodiebe im Café „Waterland“ auf frischer Tat abzufassen und der Polizei zu übergeben. Den von den Paletodieben angewandten und von Ihnen beschriebenen Trick haben wir der Polizei mitgeteilt. — Der Herr Staatsanwalt weiß nicht, welche Mühe und Ausdauer bei Beobachtung dieser gefährlichen und schändlichen Diebe erforderlich ist, um sie abzufassen und zu überführen. Wir empfehlen dem Herrn Staatsanwalt einen Besuch des Cafés und sorglose Überlassung seines Liebergebers am Riebershofen, damit er künftig unsere dem Publikum gewidmete schwere Arbeit richtig einzuschätzen versteht.“

Erleichterung für Arbeiterwochenkarten.

Um Arbeitern die Benutzung von Wochenfahrkarten zu erleichtern, während die Löhne noch nicht auf der Goldmarkbasis aufgebaut sind, hat der Reichsverkehrsminister zugelassen, daß die Arbeitgeber Karten für die auswärts wohnenden Arbeiter gegen Bezahlung durch Reichsbankbarscheid entnehmen und das Geld mit den Arbeitnehmern verrechnen. Beim Fehlen einer Verbindung der kleineren Arbeitgeber mit der Reichsbank kann den Arbeitgebern Stundung in Goldmark gewährt werden. Auch mit Kommunalverbänden können Abkommen über Stundung der Wochenkartenpreise getroffen werden. Ferner können im Bedarfsfalle die Wochenarten und Arbeiterwochenarten — letztere mit dem Logostempel des Benutzungstages versehen — schon schon vom Mittwoch ab vorverkauft werden, damit den Arbeitern Gelegenheit gegeben wird, den im Laufe der Woche eintretenden Kurssteigerungen auszuweichen.

Holländische Hilfe für deutsche Arbeiterfamilien.

Die Internationale Arbeiterhilfe hat ihre für Berlin geplanten Speiseausgabestellen, über die wir am Sonnabend berichteten, am Montag durch eine neue vermehrt. Im Verwaltungsbezirk Neukölln ist in „Wolfs-Gesellschaftshaus“ (Ecke Stralhof- und Bippelstraße) eine Speiseausgabestelle eröffnet worden, deren Betrieb durch Spender holländischer Freunde ermöglicht wird. An der nächsten Eröffnungsfest nahmen mit Vertretern der Internationalen Arbeiterhilfe sowie des Magistrats Berlins und des Bezirksamts Neukölln auch der holländische Gesandte und der holländische Generalkonsul teil. Die Speisen werden von der städtischen Zentralküche bezogen, aber die Kosten der Zubereitung und des Transportes trägt die Internationale Arbeiterhilfe. Die notwendigen Einrichtungen über die Bedürftigkeit der sich meldenden Personen werden von den Wohlfahrtskommissionen des Verwaltungsbezirktes mitberaten. Die neu eröffnete Speiseausgabestelle verabreicht täglich 800 Portionen.

Baumfällerei bei Frohnau.

Naturverschönerung im großen Stil scheint, wie man uns schreibt, die Provinzialverwaltung Brandenburg betreiben zu wollen. Die nach Oranienburg führende Chaussee weist im nördlichen Teile von Berlin (Bezirk Frohnau) einen wunderbaren alten Baumbestand auf, der allen Ausstülpungen bekannt ist. Einige dieser Aefen mußten fortgenommen werden, weil sie, vom Schicksal bedingt, marodiert geworden waren. Bei dieser Gelegenheit scheint der Chausseebau der wahren Aufgabe gedankt gekommen zu sein, auf einer Strecke, die leider nicht, wie uns auf Anfrage mitgeteilt wurde, der Stadt Berlin untersteht, alle Bäume fortzulassen, um damit ein Geschäft zu machen. Die Bewohner des Berliner Nordens haben erst vor zwei Jahren die Waldschäfer in Hermsdorf erleben müssen, die zum Erlaß des Baumstuh-

gesehes geführt hat, und schon soll wieder ein ähnlicher Frevel begangen werden. Damals war die Niederbarnimer Siedlungs-gesellschaft, der kommunale und Staatsbeamte vorliegen, die Schuldige, jetzt sind es Provinzialbeamte, die sich auf diese Weise betätigen wollen. Anstatt, daß die Behörden zur sinnvollen Ausführung des Befehles mitwirken, gibt man profitierender Privat ein Beispiel, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. Auf die Volkswohlfahrt, im weitesten Sinne, wird keine Rücksicht genommen. Hoffen wir, daß das Aktiental in letzter Stunde erteilt wird.

Vom Schicksal ereilt!

Schwere Verwundung des jungen v. Raehne auf Behow.

Nach allem, was über die auf Schloß Behow stehende Familie v. Raehne bekannt geworden war, mußte man erwarten, daß es einmal mit einem der v. Raehne kein gutes Ende nehmen würde. Gewalt erzeugt Gewalt, und wer rasch zur Waffe greift, hat sich darauf gefaßt zu machen, daß auch mal der Gegner sich mit der Waffe wehrt. Soeben erhalten wir aus Potsdam folgende Nachricht:

„Heute nacht traf der junge Herr v. Raehne die beiden Arbeiter Ködner und Kiehnner aus Glinow in der Behomer Forst beim Holz sammeln an. Es kam zu einem schweren Kampf zwischen den drei Männern. Plötzlich sank Kiehnner, durch einen Brustschuß getroffen, zu Boden. Eine Minute später starzte der junge Herr v. Raehne durch einen schweren Kopfschlag verletzt gleichfalls bewußtlos zu Boden. Heute vormittag hat sich sofort die Potsdamer Staatsanwaltschaft zum Lokaltermin nach Behow begeben. Dem Termin wohnte der erste Staatsanwalt Gerlach bei.“

Der junge v. Raehne hat zuerst vor zehn Jahren von sich reden gemacht, wo er als ein Neunzehnjähriger sich vor dem Schöffengericht Werder verantworten mußte, weil er einen nach Liegenere suchenden Mann angeschossen und verwundet hatte. Einen empfindlichen Denzettel erhielt er im September 1923 vom Schöffengericht Werder, das ihn wegen Nötigung, Bedrohung und Mißhandlung zu neun Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe verurteilte.

Von anderer Seite wird uns zu der Angelegenheit mitgeteilt: Die Schieberei zwischen dem jungen Raehne und den zwei Einwohnern von Glinow spielte sich gestern abend zwischen 9 und 10 Uhr in der Kammerober Forst ab. Rittergutsbesitzer Raehne hatte seinen Sohn zum Forstschuß bestellt, wozu eine polizeiliche Genehmigung nicht erteilt war. Auf einem nördlichen Rundgang stieß der junge Raehne auf die beiden Arbeiter, die Holz aus dem Walde holen wollten. Er will angeblich in der Notwehr von seiner Waffe, zu deren Tragen er nicht berechtigt ist, Gebrauch gemacht haben. Ueber die Herkunft der Waffe ist bei der Polizei nichts bekannt. Der junge Raehne soll in Haft genommen werden, sobald seine Vernehmung dies gestattet.

Helfende Jugend.

Die für den Verwaltungsbezirk Charlottenburg gestern im Rathaus veranstaltete Kundgebung, die im Hinblick auf die weitverbreitete Not zur allgemeinen Hilfe ausrief, war sehr stark besucht. Aus den Ansprachen der Vertreter des Bezirksamtes und der freien Wohlfahrtsvereine erfährt man, daß schon viele Spenden eingegangen sind, daß aber zur Binderung der Not noch sehr viel mehr erforderlich ist. Erfreulich war die von mehreren Rednern gemachte Mitteilung, daß die Jugend mit großem Eifer sich der hilfsbedürftigen Alten annimmt. Schulen und Jugendvereine haben beträchtliche Mittel gesammelt und stellen sich allein stehenden alten Leuten zu allerlei Dienstleistungen freudig zur Verfügung. Eine Schule hat es fertiggebracht, über 100 Familien ausfindig zu machen, die Notleidende als „Freiwillig“-Gäste bewirten wollen. Mitglieder von 14 Jugendvereinen des Bezirkes Charlottenburg sind Tag für Tag tätig, alten Leuten die Brennstoffe heranzuschleppen, die ihnen aus den verfügbaren Mitteln bewilligt werden.

Der erste Frühlingsschnee vor Winters Anfang stellte sich und gestern vor und zwar war dieses ein Raikäfer, der am 18. d. M. in der Kolonie Herrmannsdorf beim Weadern einer Kleinpartenparade gefunden wurde. Es handelt sich um einen völlig fertigen Käfer, der von Natur aus eigentlich für nächstes Jahr bestimmt ist. Der vorwärtige Schnee ist ein ganz gewöhnlicher Raikäfer und nicht einmal ein Kaiser, denn der hat bei den Raikäfern einen roten Kopf. Der Fund ist natürlich auf die gesunde Witterung zurückzuführen und eine trostliche Prophezeiung sei bei dieser Gelegenheit berraten, wenn wir den Bienezüchtern nach Beobachtungen an ihren Tieren glauben können, so sehen wir vor einem milden Winter.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Mittwoch, den 21. November (Punktag), öffentlich nachmittags 8 1/2 Uhr, findet in der Vöhlharmonie, Brandenburgstr. 22/23, unter 2. Hofkammerstr. 11, der Ausflug nach Karte beträgt 16 Goldpfennige. Einzelfarten für 25 Goldpfennige nach im Bureau, Lindenstr. 3, 2. Hof, II Et., Zimmer 8, und an der Kasse. — Sonntag, den 23. November, im Neuen Theater am Zoo „Hühnchen Densel“ (Schauspiel von Gerhart Hauptmann) in erschaffiger Besetzung. Die Aufführung „Hühnchen Densel“ am Sonntag, den 25. November (Kolonntag), ist beschlagnahmt und unterlag worden. Es wird dieses „Kabale und Liebe“ aufgeführt. Die ausgegebenen Karten behalten Gültigkeit.

„Reichswehr und Republik“. In Form einer politischen Konferenz wird dieses Thema am Mittwoch (Punktag), den 21. November, vormittags 11 1/2 Uhr öffentlich, im Weittelhof, Ködener Straße 39, behandelt. Es geben zunächst einen Bericht über Thüringens Gerhart Seger, sodann über Sachlins Chefredakteur Erich Dreher, aber Bayern der ehemalige bayerische Landtagsabgeordnete Rietich. Zum Schluß Senatpräsident Freymuth über die staatsrechtlich-politische Bedeutung.

Schwere Schiffskatastrophen.

Ein Dampfer durch Minen vernichtet?

In der Westküste von Desei wurden Schiffsplanten, Warenlisten und 17 Leichen angepöft, die zum Teil mit Wunden bedeckt sind. Es wird angenommen, daß der Hamburger Dampfer Kronos, unterwegs von Stettin nach Petersburg, auf eine Mine gestoßen und untergegangen ist. — Der auf Großvogel und gestrandete amerikanische Biermast, schon vor Pendleton ist in der vergangenen Nacht völlig wad geworden und verloren gegangen, obwohl sich dauernd Bergungsdampfer in der Nähe befanden. Infolge des orkanartigen Sturmes war es nicht möglich, dem Schiff selbst Hilfe zu bringen. Unter den größten Schwierigkeiten gelang es, zwei Mann der Besatzung zu retten. Das Schicksal der übrigen Mannschaft ist noch unbekannt. — Das deutsche Motorship Sonderburg ist bei schwerem Sturm auf dem Tertiusland bei Büsum gestrandet. Die aus 10 Mann bestehende Besatzung ist gerettet.

Schnee im Harz. Am Sonntag und in der Nacht zum Montag ist im Harz Schneefall eingetreten. Nach Meldungen aus Altenau ist der Schneefall in Burgberg, wo er schon vor einigen Tagen einsetzte, besonders stark. In den Altenau-Tälern liegt der Schnee etwa 10 Zentimeter hoch. In Burgberg bis 30 Zentimeter. Auch in Dorfschau-Broden und auf den Höhen der St. Andreasberger-Gruppe ist Schnee gefallen. In den Tälern sieht die Temperatur knapp auf Null Grad.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Kulturabend. Heute 7 1/2 Uhr. Referent: Herr Dr. Schmidt, Ruyterstr. 14, 2. Et. links.

